



# Dresdner Nachrichten

36. Jahrgang.  
Aufl. 52,000 Stück.

Liebe's Pepsinwien (Verdauungssenz),  
weichmachendes Tafelgetränk, langjährig bewahrt bei Verdauungsstörungen, Appetitlosigkeit, Magen-Kreis-, Schleim- und -Verschleimung, bei Bedauern. Originalflaschen Nr. 230, 1,50 in den Apotheken.  
Ausdrücklich zu verlangen: „Liebe's“, von J. Paul Liebe in Dresden.

Dresden, 1891.

Eiserne Oefen  
aller Arten  
  
empfohlen billigst  
Friedrich Klotz  
Königbrückersstrasse  
80 und 81.  
Bautznerstrasse 28.

König-Johannstrasse 2b  
Fromm's

## Haselnuss-Stangen

vergünstigt zum Wein und Dessert.  
Hochfeste Delicatessen.

## Moritz Klingner

Fr. 108. Spiegel: Für Bismarck in der Sitzwahl mit einem Sozialdemokraten, Herrn Reichsratsmitglied, v. Oppell, Stadtvorsteherbüro, Cholesta: Sonnabend, 18. April.

### Politisches.

Tut es einer Stichwahl bedarf, um dem deutschen Nationalismus des Jahrhunderts in der Wahlvertretung des durch ihn wiedererrichtenden Deutschen Reiches Sie und Stimme zu verleihen, ist ein tiefschädigendes Ergebnis mangelnden deutschen Nationalbewußtseins, ein schmerzlicher Rücksitz, daß das Deutschland von großen Massen verleugnet, daß die Freude an deutscher Größe und deutschem Ruhm im Schoß des deutschen Volkes selbst verschlaf und abhanden gekommen ist. Denn man sollte meinen, daß allenfalls in deutschen Gauen jeder deutsche Mann mit erhabenem Stolz, mit dem Hochgefühl in der Brust, sich selbst zu ehren, weil er das Recht hat, den Namen eines Bürgers wie Bismarck auf seinem Wohlgefallen zu schreiben, zur Wohlurne schleiten würde, wenn die Wahl des natürlichen und beruhenden Vertrauensmannes des deutschen Volkes in Frage kommt. Wer sind denn aber jene Männer, die es in wahnwitziger Parteidienkraft verschuldeten, Denigen vor dem ganzen Deutschen Volke zu verbieten, kommen zu lassen, dessen historische Erziehung das Symbol deutscher Ehre und Größe ist, dessen persönliche Macht auch ohne Amt schwer in die Waagschale fällt, dessen Ruhm zur Stunde eine Großthat werden kann und dessen Worte, zur rechten Zeit gehrochen, auch noch heute Freude auswirken würden? Wer sind jene Verläßler und Schänder ihres Namens und ihrer Abstammung, jen verbohrten oder ehrvergessenen Reichsfürsten, welche es gewagt haben, ihre Verteilnahmen zu entfalten, wo das schwatzwütige Reichspanier aufgestellt war, welches Fürst Bismarck aus dem Staube und Schutt deutscher Vergangenheit mit mächtiger Faust hergeholt hat, um es zwanzig Jahre lang hoch über den Zinnen aller Parteien aus der deutschen Einheit Panzer weichen zu lassen? Sozialdemokraten, Welsen und Deutichfreunde hellen sich in die Ehe, die Reichstagskandidatur des Alteichsfürsten bekämpft zu haben. Bei der Vaterlandslosigkeit und dem revolutionären Grundcharakter der Sozialdemokratie war es von vornherein selbstverständlich, daß sie dem Vater des Sozialistengesetzes und Urheber einer friedlichen sozialen Reformgebung einen eigenen Kandidaten entgegenstellten. Über dem engverzogenen und furchtlosen Partikularismus des Weltenthums, das durch Bismarck eine Dynastie und ein Königreich eingebüßt hat, liegt ungeschickter aller selbstverständlichen Verblendung der Welsen wenigstens noch ein Hauch deutscher Bosallentreue und Heimathölle. Aber doch die deutschfreundliche Partei, welche in ihrem Vorlemanen das Wort „Deutsch“ trägt, den Versuch macht, den Sieg des deuthesten aller Reichstagkandidaten mit größtem Kräfteaufwand zu unterstellen, wird eine unauslöschliche Schmach in der Geschichte dieser Partei bleiben. Und mit welchen Mitteln haben die Richterlichen Trabanten agitiert! Ihr Kandidat rebete den Wähler vor, daß es sich bei dem Wahlkampfe um die Frage handle, ob man zu dem jugendfrischen Kaiser oder zu dem Fürsten Bismarck wählen wolle. Ein Agitator der nach Garibidi's eigenem Ausdruck „unheimlichen“ Partei, welche doch selbst bisher der Reichsregierung fast nur die feindlichste und umgelegteste Gegnerschaft erwiesen hat, versuchte Wähler zu werben mit der fieberhaften Fuge, daß Fürst Bismarck wählen nichts anderes bedeute, als der Regierung Steine in den Weg zu legen. „Diesmal geben wir nicht gegeneinander!“ so frohlockten die Zerrissigen Aum in Aum mit den Sozialdemokraten, welche sie ja für ein kleineres Uebel erachten als den Baumstiel des Reiches. Für dieses Verhalten haben die Freisinnigen ihre Stafe am Wahltag selbst empfangen: ihr leidenschaftliches Organ gestand ganz offen, daß für die Eröberung eines Wahlkreises noch nie so viel von ihnen gehabt worden sei; Anders ließen als Vorn der Arbeit den Sieg ihrer Kandidaten für zweifellos. Aber Alles ist umsonst gewesen: an die leise Stelle, hinter Sozialdemokraten und Welsen, hat der 19. hannover'sche Wahlkreis den fortgeschrittenen Kandidaten gestellt und der erhoffte Triumph über den alten Guru und dessen Träger ist zu einer Bankroterklärung des deutschfreundlichen Beziehungsstroms geworden. Den Nationalliberalen jenes Wahlkreises aber gebührt das Verdienst, dadurch, daß sie den Wunsch besaßen, den Fürsten Bismarck auf ihren Schild zu erheben, daß nationale Interesse über das ihrer Partei gestellt zu haben. Möchte doch dies schöne Beispiel von Selbstverleugnung aus die Parteidienstlichen in anderen Gauen des Reiches heilsam einwirken! Und mag auch die offizielle Fraktionsvertretung nur halbgezeugt und erst nachträglich der Bismarck'schen Kandidatur den Segen ertheilt haben, so hat doch das Gros der Partei der nationalen Gedanken von Anfang an höher leuchten lassen, als die Ideale ihres Programms. Das soll ihnen untergehen bleiben. Morgen der Tag, an dem sie den Fürsten Bismarck in den Reichstag lassen werden, nicht als Vertreter ihrer Partei, sondern des ganzen deutschen Volkes, der Tag der Wiedergeburt sein jenes unveräußerlichen nationalen Liberalismus, der jederzeit liberal genug ist, um die nationalen Fragen höher zu stellen als die Aufgaben selbstsüchtiger Fraktionstrebbungen.

Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß dem Fürsten Bismarck, daß Wiederholung der Wahlen und eines Theiles der Deutschfreundlichen, welche ja nicht alle der Vatertag des Parteidienstes Richter stets blindlings zu folgen gewillt sind, würde schon allein zum Siege genügen, selbst wenn wider Erwarten auf keinen Nutzen, weder aus dem Votum der nationalgeführten noch der gegenwärtigen Wähler, zu rechnen wäre. Das Fürst Bismarck, aber erst auf dem Umweg der Sitzwahl in den Reichstag kommt, ist ebensoviel ein persönliches Rückschlussvotum, noch auch ein

Specialfabrik N. Salm Specialfabrik  
geprägt. Siegelmarken (inkl. U. C. D. S.) geprägt. Siegelmarken

Plauen b. Dresden, Kaitzerstrasse 17  
(Fernsprechstelle 1111)

empfiehlt ganz besonders geprägte Packetverschluß- und  
Schutz-Marken, sowie Signatschalen, alle Gattungen  
Farbstempel und Gravir-Arbeiten jeder Art.

empfiehlt zur billigen und praktischen Reise **Reise-Fournier-**  
**koffer** als Unicum der Leichtigkeit, Solidität und Eleganz.  
**Grösste Auswahl von Taschen-Necessaires etc.**

## Glaswaaren

jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und  
Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl

Wilh. Rühl & Sohn,  
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

Augustusstrasse Nr. 4  
(Bazar de voyage).

Sonnabend, 18. April.

entgegenseite. Bedeutet habe er die Neuerung Dr. Barth's, wonach die verbindlichen Regulierungen die Schutzpolizei in Händen der Unternehmer gegen die Arbeiter gemacht hatten. Die 27.000 in welcher Dr. Barth sich neben den Sozialdemokraten wette dem Anteile noch antretend. Offenkundig handelt es sich hier um eine vorübergehende Haftaufhebung. Die Strafen in den englischen Bergwerken seien länger als 8 Stunden und es sei nach unterschiedlich, daß sie früher in Deutschland fürchter gewesen seien. Wenn an den Schweizer Maximalarbeitszeittag hingewiesen werde, so sei demgegenüber doch auch die Ausführung zu beurtheilten und die angestellten Bergarbeiter viel weniger schari durchgeführt als bei uns die Weiche Durchsetzung zu werden pflegen. Eine Sicherheit, daß mit einer einheitlichen gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit nicht eine Lohnverminderung eintritt, könne nicht gegeben werden. Es müsse aber vorhanden sein, wenn man sich zu einem so weitgehenden Schritte entschließen solle. Redner meint dann die Bekämpfung Brüllberger's zurück, daß die Regierung sich von der Sorge vor dem Kapital leiten lasse. Das angebliche Complot gegen die deutschen Arbeiter sei eine einfache Selbstverteidigungskampagne, besteuerten durch den sozialdemokratischen Beifall, mit der ununterlassigen Mutter einer Probe auf die Stärke der Organisation zu machen. Die Regierung werde sich durch die Angreife der Sozialdemokraten nicht abhalten lassen, nach wie vor auf die Verhinderung der Lage der Arbeiter hinzuwirken. (Vertafel). — Abg. Auer (Soz.) verwarf die sozialdemokratische Partei gegen den Bismarck die Gewalt zu amputieren. Dazu liege kein Anlay vor, wie gerade die vorliegende Sprache beweise. Die Weisheit des Gewissens ist nach dem Lande der Verhandlungen prinzipiell nie eine gerechte Regelung der Arbeitszeit. Der Reichsarbeitgeberverbund führe eine soziale Politik, eine sozialdemokratische Agitation, auf die Leute lämen, die nichts weniger als „Vice-Agitatoren“ seien. Mit der Minister habe das Vorzeichen des Verbündeten Nichts zu thun. Es beweise nur eine Bergengemaltheit der Arbeiter. Redner sieht dies durch Verleugnung einer Ansicht Abschaffens aus dem Schriftstück des Berichtes nachzuweisen. — Abg. Dr. Bötticher (ant. lib.): Mit dem Maximalarbeitszeittag, wie ihn die Sozialdemokraten beantragten, würde ein Schritt in die große Zwangsanstalt gethan, die das Ideal der Sozialdemokratie sei und an die man nicht ohne Schwanden denken könne. — Abg. Ficht v. Einem (R. V.) tritt ausdrücklich Gründen dem sozialdemokratischen Antrage entgegen: lieber das Vorzeichen des Verbündeten der Metalindustriellen fügt zu betingen, hätten die Sozialdemokraten kein Recht, da sie sich selbst des Bergarbeiterwohls bedienen, wie Viebsnecht bestätigen werde. — Abg. Liebknecht: Ihm seien die Bezieher der Concerte der Philharmonie nicht verboden gewesen, aber er sei ein Boycott über die Philharmonie verhängt und der müsse gehoben werden. — Der Antrag der Sozialdemokraten wird gegen deren Stimmen abgelehnt. Morgen 11 Uhr Fortsetzung der Beratung des Arbeiterschutzgesetzes.

Friedrich & Glöckner,  
Zu unserer 15. Schäferstr. 24 u. Löbau.  
Spec.-Gesellschaft L. Lade, Firmosse u. F. (Bauschmiede, Eisenfabrikation).

### Bernschreibs- und Fernsprech-Vorläufe vom 17. April.

Berlin. Der Reichstag sieht die Beratung des Arbeiterschutzgesetzes bei dem Antrage der Sozialdemokraten auf Einführung des Maximalarbeitszeittags für erwünschte männliche Arbeiter und der Einführung der stündigen Schichtzeit der Bergarbeiter einstudierte. Der Ein- und Ausfahrt steht fest. Abg. Blumenthal (nat. lib.): während stündige Arbeitszeit für alle der Gemeindlichkeit nachteiligen Betriebe, darunter auch der Bergwerke. Es habe in einem Betriebe die anfänglich 12-stündige und noch in eine stündige Schichtzeit verändert, ohne daß eine Lohnherabsetzung nötig geworden. Es werde bei stündiger Arbeit fortgälter und mit weniger Verlust gearbeitet und der Verbrauch an Brennstoffen sei ein geringerer. Eine stündige Arbeitszeit aber bei Arbeiten, die in früher Lust und in geübten Händen verrichtet würden, sei überflüssig und schädlich. Die Betriebe würden dadurch verschlechtert, sowie unter Industrie ganz konzentriert und aufgewirtschaftet werden und die Folgen davon würden auf die Arbeiter selbst zurückfallen. — Abg. Bernstorff-Esleben (R. V.) weiß die überwiegenden sozialdemokratischen Bergarbeiter nicht zu verstehen. Von Hungerlöwen könne im Bergbaue keine Gieße mehr sein. Die Lust in den Bergwerken sei jedenfalls dank der Fortschritte der Technik besser als in den dürrigsten Kreisen, in denen die Sozialdemokraten ihre Anhänger vertrammelten. Die Förderung der stündigen Schichtzeit soll der Ein- und Ausfahrt führen, um eine Reduktion der Arbeitszeit auf 6 und 5 Stunden hinaus. Es gelte, die ganze Unbedecktheit eines sozialdemokratischen Agitators dazu, eine Herabsetzung der Schichtzeit auf 6 und 5 Stunden und dazu noch höhere Löhne zu fordern. Aber die Arbeiter beginnen doch allmählich klar zu sehen; sie können mehr und mehr darüber, daß ihnen nur ausführlose Versprechungen von den Sozialdemokraten gemacht wurden, daß sie ihnen Steuern zahlen, ohne etwas davon zu haben. — Dr. Schröder sieht namens des Centrums die Erfahrung ab, daß es nach wie vor eine Maximalarbeitszeit von 11 Stunden für wünschenswert, die mögliche Durchführung derselben aber nicht für möglich halte, daß es in der Regelung der Arbeitszeit für jugendliche und weibliche Arbeiter durch die Vorlage einen Fortschritt begründe und das Gesetz vorbehalte, auf die Frage des Maximalarbeitszeittags zu entscheiden. — Abg. Dr. Barth (ant. lib.): motiviert den ablehnenden Standpunkt der rechtsradikalen Partei zu dem sozialdemokratischen Antrage unter Seitenbleiben auf das Schutzpolizistentum. — Dr. Hartmann (ant. lib.) weiß die Behauptung Dr. Barth's zurück, die prototypisch Richtung der letzten 10 Jahre sei eine bewußte Beschränkung der Arbeiter, um erläutert dann, daß die konserватiven Partei Mann für Mann gegen den sozialdemokratischen Antrag stimmen werde, weil die Zeit zur Einführung eines Maximalarbeitszeittags noch nicht gekommen sei und die konserватiven Partei darum schärfste, praktische Politik zu treiben. Eine wortähnliche Regelung der Arbeitszeit werde nur auf den Boden der einzelnen Gewerbe und der einzelnen Industrieleinheiten möglich sein, und nur, wenn sich in einzelnen Industrieleinheiten herausstelle, welche die Geiebung einzuholen haben. Man solle nicht Spann annehmen, wo er nicht unbedingt nötig sei. Der Vorwurf, daß die Arbeiter die Möglichkeit genommen sei, ihre Interessen zu vertreten, sei ebenso ungrundlos wie der Hinweis auf England. Unsere Arbeiter verfügen das volle Coalitionsrecht, das es in England nicht gebe, und die englischen Geieze seien vielfach schärfster als die deutschen. — Handelsminister Führ. v. Belevisch: Die Regierung hat zugestimmt, in dem Augenblick, da die Sonntags-, Kinder- und Frauenarbeit abgesetzt werden, die Beschäftigung der Arbeiter zu erhöhen und an eine Verlängerung der Arbeitszeit der erwachsenen männlichen Arbeiter heranzutreten zu wollen. In anderen Ländern werde zunächst an einer Maximalarbeitszeit für erwachsene männliche Arbeiter nicht gedacht. Unter diesen Umständen würden schwere wirtschaftliche Nachtheile zu befürchten sein, wenn wir einstellig vorgehen wollten. Ein großer Theil unserer Arbeiter lebt von einer Beschäftigung nichts wissen. Einiges anderes sei der in militärische Maximalarbeitszeit, dem ja auch Dr. Barth sein Bedenken bis 1892 gefindet hat. Es ist selbstverständlich, daß alle im Sinne

Berlin. Der Bundesrat nahm gern an der Sitzungswahl, bei der Einführung eines Reichsstandbuchs an. — Superintendent Faber in Magdeburg wurde als Oldbacher nach Berlin berufen. — Der Reichsbaurat stellt Studiatur aus den Verhandlungen mit der argentinischen Regierung über die Auslieferung des flüchtigen Reichsbüros Adolf Windfuhr mit. Der argentinische Bundesrichter hat den Auslieferungsantrag wohl abgelehnt, weshalb die argentinische Regierung die Sache einem anderen Beamten zur weiteren Verfolgung übertrief. Der Reichsangeklagte klagt zum Schau: „Es ist zu hoffen, daß es dem ernsten Benehmen der argentinischen Republik noch gelingen wird, die Anlegende zu einer breitgedeckten Lösung zu bringen, wie sie die beiden beiderseitigen Interessen und der Sozialität, welche alle Länder gemeinsam vertragen, gegenüber verhindern würden.“ — Die Nachricht von einer Unterredung eines Correspondenten des „Neuen Kuriers“ mit dem Fürsten Bismarck wird von den Hamburger Nachrichten für erfunden erklärt. Die Nat. Rep. bemerkt, sie sei von dem Correspondenten des neapolitanischen Blattes um eine Empfehlung nach Hamburg ersucht worden, durch die sie sich die Befreiung aus der Friedenshölle verschaffen wollte. Sie habe dies aber abgelehnt, weil ihr der Mann unbekannt war. — Die „Neujahrs“ plaudert gegen eine deutsche Bezeichnung der Weltanschauung in Chicago. Die übermächtigen Amerikaner würden darin, nachdem wir Samoa und Hoboken geduldig hingenommen, nur ein Aufrufen zu weiteren Demütigungen erwidern. — Die Reichstagcommission für das Telegraphengesetz beschloß, den Gemeinden das Recht zur Errichtung von Telegraphen- und Telephonanlagen innerhalb des Gemeindebezirks verliehen werden zu können, wenn die nachliegenden Gemeinden genügend Sicherheit für einen ordnungsgemäßigen Betrieb bieten und das Reich eine solche Anlage nicht erfordert. Das Reich soll berechtigt sein, die von Gemeinden hergestellten Anlagen gegen Entstehung der Kosten jederzeit zu übernehmen. — Contreadmiral Schröder ward zum Vice-Admiral und Chef der Marinestation der Nordsee ernannt.

Berlin. Der Kiel-Togel bringt die Rede, welche Fürst Bismarck am 14. ds. an eine lom. Deputation aus Kiel richtete. Er erklärte, konserватiv und ministerial solle nicht immer zusammen. Eine Geiebung nicht mitmachen, wo das Bedürfnis einer Änderung nicht vorliege, sei konservativ. Eine Regelung, welche unzählige Neuerungen verteile, wirke antikonservativ. Wenn ihm vorgeworfen werde, daß er nicht konservativ gewesen, so müsse man den Werth des Alten, das vernichtet worden, und des Neuen, das erichtet werden sollte, gegen einander abwogen. Die Einführung Deutschlands sei eine konseriative That gewesen. Seine Freunde leien gegen die jetzige Regierung gerichtet. Es wünsche nur, daß das „Wort“ nicht zu hören was „nichts“ liegt, beobachtet werde. Seine Mithilfe kommt sich bis jetzt nur mehr nach der negativen Seite hin äußern. Einige Wahrzeichen gegenwärtig gegen die Regierung abgeworfen werden, die er für sozialistisch halte, kein sozialistisches Urtheil zu äußern.

Berlin. Wie verlautet, kompatibilisiert die leitenden Kreise der Reichsverwaltung mit dem Biedenkopf, in Berlin etwa Mitte des Jahrzehnts eine große Ausstellung zu veranstalten. — Der zum Vorsitz des Kreises Darmstadt gewählte Staatsanwalt v. Soden-Bartschfeind hat die Bekräftigung der Regierung nicht erhalten. Die Freisinnigen wollen deshalb die Regierung unterstützen.

Wien. Nach dem Wiener „Freudenblatt“ beginnen nach den Handelsvertreterverhandlungen mit der Schweiz die Verhandlungen mit Serbien. Die Verhandlungen mit Italien nehmen erst im Juli oder August ihren Anfang. Alle diese Verhandlungen werden in Wien gemeinsam mit den Vertretern Deutschlands und Österreichs geführt. Bei dem Umstand, daß Frankreich seine Handelsvertreter bis 1892 gefindet hat, ist es selbstverständlich, daß alle im Sinne